

Roten Arbeiterfront

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugs- und Druck-Verkaufsstellen für den Bezirk Halle-Merseburg: „Komm.“, Halle, Verdenstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 20 Pfennig für Reklame im Textfeld. Manuskripte zu richten nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Zeitung: „Klassenkampf“ Halle. Verantwortl.: Commerz- u. Privat-Druck. Halle. Verlagsleiter: Carlisle 1905 48 Reis. Red. Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Mittwoch, 4. August 1926

6. Jahrgang • Nr. 181

Soldaten der roten Klassenfront!

Heraus zur Antikriegs- und Werbeweche!

Kameraden, Kampf- und Klassengenossen!

Im diesem Jahre führt sich zum 12. Male der Tag, an dem die Kämpfer aller am Krieg beteiligten Länder Millionen von Soldaten die Waffen in die Hand drücken, um sich gegenseitig für die Interessen des kapitalistischen Profits abzuschlachten.

Die bürgerlich-kapitalistischen Presse-Kanäle aller Länder zeigen die Bevölkerung durch eine beispiellose Lügebeuge auf, die Kanonenplatz für den Massenmord gefügig zu machen.

So sollen dem Millionen von Proletariaten aller Länder aus Geld und Blüte auf die Schlachtfelder, der Landmann verliere sein Pflug, um das „teure Vaterland“ vor den Angriffen des Feindes zu schützen.

Während nach 12 Jahren hundert und verbodener Millionen, die das „Vaterland“ auf den Schlachtfeldern verteidigten in den Vorkriegsjahren an der Somme wie an der Duna, in Flandern wie an der Scheldt.

Während nach 12 Jahren empfangen Millionen von denen, die Krieg und Gesundheit auf dem Altar des Vaterlandes opferten, im Land des Vaterlandes in Form von Almosen, die sie sich an den Stützenden der Großfabrik arbeiten müssen.

Millionen Wütten, Witwen und Waisen, ihres Ernährers und Stützes beraubt, sind dem Hunger und der Verzweiflung ausgesetzt.

Die Arbeiter sind vom Kriege die Toten, die Witwen und Waisen, der Hunger und das Elend geblieben.

Der Kapitalismus hat aus dem Wüste der Millionen neue Wälder, größere Profite gezogen.

Kameraden!

Im dem Tage, wo sich zum 12. Male die Wiederkehr des Weltkrieges führt, heißt es: mobilisiert die Massen zum Krieg gegen den imperialistischen Krieg!

Die Arbeiterbünde- und Abwehrorganisationen dürfen die Arbeit nicht darüber täuschen, daß die Friedensschleimlein der imperialistischen Krieger das Proletariat der Welt nur in den Schlingen wollen, aus welchem sie eines Tages durch den Donner der Schlacht erwachen würden.

Deshalb an die 10 Millionen Tote und 30 Millionen Verwundete des Weltkrieges!

Die Millionen die Wunden des Krieges — und schon drohen der Welt die neuen Kriegesgefahren.

Die Vorkriegs- und Abrüstungskonferenzen sind keine Friedenskonferenzen, sondern Konferenzen für die Vorbereitung neuer Kriege.

Neue Flugzeugschwadern und Tanks — Vandalenverbände und Marine-Flieger-Abteilungen — Neue Giftgas- und Fernschüsse!

Sind diese neuen Rüstungen kommende Kriege ein?

heute Urteil im Katoßi-Prozess

(Eig. Draht.) Budapest, 3. August. Nach dem Angeklagten Reichhaus, dem der Vorsitzende das Verdict abspricht, wird die Angeklagte Hajda keine Schuldige. Damit sind die Neben der Angeklagten zu Ende. Die Urteilsverkündung erfolgt am Mittwoch, dem 4. August, vorzuzugs 10 Uhr.

Das Bulwerloch auf dem Balkan

Die Bulgaren militärische Maßnahmen Jugoslawiens gegen Bulgarien (Eig. Draht.) Wien, 4. August. Der Grund der durch wiederholte Grenzangriffen hervorgerufenen Konflikte zwischen Jugoslawien und Bulgarien droht sich in die Auflösung der jugoslawischen Organisationen auf dem Balkan. Auch das rumänisch-bulgarische Verhältnis hat sich verschlechtert. Rumänien hat in dem an Bulgarien angrenzenden Gebieten die Belagerungsstellung verhängt und gegen Bulgarien eine Art Mobilisierung angeordnet.

Die Bergarbeiter fordern 30% Lohnerhöhung

(Eig. Draht.) Hannover, 4. August. Die Zehntausendermitglieder des Bergarbeiterverbandes in Preußen haben einstimmig eine Resolution an, in der der Schritt zum Streik angekündigt wird, daß zum 1. September der Lohn um 30% erhöht werden soll. Es wird eine 30prozentige Lohnerhöhung gefordert. Die Zehntausendermitglieder glauben, daß in Anbetracht der Lage in Deutschland sowie in Oberösterreich diese Forderung durch den Streik durchgesetzt werden kann. Gleichzeitig würde

heute, 1926, ist die europäische Kriegesgefahr größer als vor 12 Jahren. Alles, was im kapitalistischen Europa seit Beginn des Krieges geschieht, bildet das Vorbild zu einem neuen Weltkrieg, der jeden Augenblick losbrechen kann. Die Kapitalisten hoffen, durch die ständige Wiederholung der Propaganda: „Der Friede ist gefährdet“ die arbeitenden Massen zu täuschen. Selbst der bürgerliche Schriftsteller Coudenhove Kalergi schreibt in der „Wienschen Zeitung“ vom 11. Mai: „Wir leben in einem Zustand zwischen Krieg und Frieden, aber nicht im Frieden. Erst wenn Flugzeuge, beladen mit Giftbomben, die Hauptstädte Europas bombardieren, wird Europa aus dem Schlaf erwachen, entweder in den neuen Krieg ziehen oder durch eine allgemeine Revolution die Kriegesgefahr bannen und das heutige europäische System zerschmettern.“

Wir Soldaten der roten Klassenfront unterstreichen diese Worte. So schwebt über dem Haupt der Arbeiterklasse Europas 8 Jahre nach Beginn des Weltkrieges das Damoklesschwert eines neuen Krieges.

Wir stellen aber nicht nur die Tatsache der Gefahr eines neuen Krieges fest, sondern wir organisieren die rote Klassen- und Kampf-front der Werktätigen aller Länder gegen die drohende Kriegesgefahr.

Der drohende Krieg kann nur durch die Organisierung des Krieges gegen den imperialistischen Krieg verhindert werden.

Die Antikriegswoche ist für die Roten Frontkämpfer gleichzeitig die Werbeweche für den Roten Frontkämpfer-Bund.

Die Roten Frontkämpfer müssen die Massen unter dem roten Sturmbanner der proletarischen Revolution sammeln und sie in die rote Kampffront einziehen.

Jeder Kamerad geminne in der Antikriegs- und Werbeweche ein neues Mitglied.

Jedes neue Mitglied ein neuer Soldat der roten Klassenfront gegen imperialistischen Krieg und Reaktion.

Schmiedet die rote proletarische Kampf- und Einheitsfront der Arbeiterklasse Deutschlands.

Der Rote Frontkämpfer-Bund ist die Organisation der roten Klassenfront Deutschlands gegen imperialistischen Krieg und imperialistische Reaktion.

Nieder mit den Feinden der revolutionären Arbeiterklasse!

Sinein in den Roten Frontkämpfer-Bund! Sinein in die Rote Jungfront!

Bundesleitung des Roten Frontkämpfer-Bundes

das die von den Bergarbeitern schon längst gewünschte Forderung der Einberufung eines Betriebsratengesetzes, an welchem auch die Revolverdelegierten teilnehmen sollen.

Aus dem Magdeburger Zuktstumpf

(Eig. Draht.) Berlin, 4. August. Zwei Berliner Kriminalbeamte haben in Köln, anscheinend auf Anweisung des Oberstaatsanwalts, die Braut des verhafteten Schöder verhaftet, weil sie verdächtig ist, von der Ermordung des Buchhalters Bölling Kenntnis gehabt zu haben. Die „Börsliche Zeitung“ teilt in ihrer heutigen Ausgabe ein Gespräch des verhafteten Schöder mit Mitangelegenen mit, wo Schöder erklärt, daß er es drohen will, daß er bloß wegen Verleumdung verurteilt würde. Er habe den Witz völlig in den Hintergrund gedrückt und es sei wohl gebracht, daß es jetzt heißt, daß er es nicht gegen Schöder verurteilt hat. Er verleihe sich auf die Richter, die ja allesamt in der Rechtspraxis wären. Wer seinen Rechtsanwaltschaft beziehe, wisse er nicht. Die „Börsliche Zeitung“ teilt dann noch mit, daß der Rechtsanwalt Schöders der Einheitsführer von Magdeburg sei.

Börsliche Heiden

(Eig. Draht.) Berlin, 3. August. Heute sollte vor Gericht gegen den verantwortlichen Redakteur des börslichen „Deutschen Tageblatt“ wegen Verleumdung des preussischen Wirtschaftsministers verhandelt werden, weil im „Deutschen Tageblatt“ die Behauptung aufgestellt war, daß preussische Wirtschaftsminister sei, daß einem Reich in Wien mit Freundschaft angetroffen. In der heutigen Verhandlung erließen der angeklagte Redakteur nicht, trat seiner kein ein Schreiben der Redaktion, er lei auf einer Periode in der Schweiz und dort ortant. Ein anderer angeklagter Redakteur eines anderen börslichen Blattes ist bereits nach der Tischschloßzeit geflohen.

Der 4. August

Bürgerkrieg gegen imperialistischen Krieg

Der 4. August 1914 hat nicht nur tragische Bedeutung für die Arbeiterklasse der ganzen Welt, die an jenem Tage schändlich und ohne Widerstand zur Schlachttat geführt wurde. Der 4. August 1914 ist zugleich der Tag des tiefsten Falls der 2. Internationalen, deren mächtigster Zweig die heutige Sozialdemokratie war. Heute ist es uns unbegreiflich, weshalb sich innerhalb der Sozialdemokratie keine einzige Stimme laut erhob, um die imperialistischen Wahlsache und alle ihre Helfershelfer unzuversamer. Zwar wandten sich im Fraktionsstämmerlein nierzehn Sozialdemokraten gegen die Bewilligung der Kriegsgelderte durch die SPD. Aber der größte Teil von ihnen stimmte nur deshalb mit Nein, weil ihm die von Hugo Haase ferne liegende Begründung der Kreditbewilligung in Einzelheiten nicht gefiel. Nur ganz wenige, darunter Viehfeldt, waren Gegner der Kreditbewilligung überhaupt. Aber auch die Funktionäre der Fraktions- und Parteiführer und verdrängten ihren Protest in geheime Protokolle, gleich der „Vorwärts“-Redaktion, die ihre abscheuliche Erklärung bis nach Kriegsende im eisernen Schrank verließ.

Nicht unrichtig jubelten das Bürgertum und die Regierung über die Haltung der SPD. Die Burgfriedenspolitik der Sozialdemokratie erst ermöglichte ihnen die bis auf vier Jahre ausgedehnte Verlängerung des Krieges, für die Scheidemann selbst das treffende Wort „Durchhalten“ geprägt hat. Aber während die nationalstaatlichen Sozialdemokraten, die deutschen Sozialpatrioten, sich wie ehemals gepregelte und leicht getrennte Münze glücklich fühlten, als angeblich Gleichberechtigte in „die Gemeinschaft der (imperialistischen) Nation“ aufgenommen zu sein, taten sich die Wahlschreiber über die überlistete Sozialdemokratie und begannen recht bald auch ihr gegenüber die Kampfare in Gewalt verhängen. In der Zeit der Revolutionen und Kriege sind die nationalstaatlichen Sozialdemokraten, die deutschen Sozialpatrioten, sich wie ehemals gepregelte und leicht getrennte Münze glücklich fühlten, als angeblich Gleichberechtigte in „die Gemeinschaft der (imperialistischen) Nation“ aufgenommen zu sein, taten sich die Wahlschreiber über die überlistete Sozialdemokratie und begannen recht bald auch ihr gegenüber die Kampfare in Gewalt verhängen.

Weshalb konnte die Sozialdemokratie am 4. August 1914 so tief sinken? War es nur Mangel an Einsicht und Erkenntnis? So mangelhaft die Aufrufe der SPD vor dem 4. August 1914 auch von einem gereiften und verteilten marxistischen Standpunkt aus erscheinen mögen — sie stehen im kräftigen Gegensatz zur Kriegsgeldbewilligung. Hermann Müller, der am 4. August 1914 in Paris war, um im Auftrage des deutschen Parteivorstandes die französischen Sozialisten auch ihrerseits zur Ablehnung der Kriegsgelderte aufzufordern, tat damit nur etwas, was jeder auch in Bürgertum von der deutschen Sozialdemokratie verhandelt hätte.

War die deutsche Arbeiterfront und insbesondere die deutsche Sozialdemokratie zu schwach, um sich am 4. August 1914 gegen den Strom zu werten? Mühsen Parteivorstand und Reichstagsfraktion sich etwa einer alles fortsetzenden Klassenfront beugen? Die Zahl, Größe und Kraft der Friedensdemokratie von Ende Juli 1914 widerlegt auch diese Behauptung. Die Stimmung der demobilisierten Massen, unter denen die Sozialdemokraten doch nur einen Bruchteil bildeten, war erfrischend und kampftüchtiger, als selbst zur Zeit der preussischen Wahlrechtsveränderungen. Hermann Müller selbst wußte im Berliner Parteivorstand kein anderes Argument gegen die Wiederholung der Antikriegsdemonstrationen am Anfang August als die Behauptung, daß die Berliner Arbeiter sich nicht mehr unbehelligt bei den Polizeigebäuden und Schützenkasernen entspannen wollten. Aber diese Furcht vor den konsequenten Durchführungen der Parteikongresse gegen die Kriegsbefehle nur die sozialdemokratischen Führer und nicht die Mitglieder. Bereits Anfang August konnte man überall in den kleinen sozialdemokratischen Zusammenkünften das Wort von dem „Verrot der Führer“ hören, und schon im August war auch das Wort „Spaltung“ in vieler sozialdemokratischer Mitglieder Munde.

Das war es, was den 4. August 1914 zum „4. August“ machte. Das Fehlen einer, wenn nicht selbständigen revolutionären Partei, so wenigstens einer an keine Disziplin gebundenen, zum Aufrechten entschlossenen, revolutionären Fraktion innerhalb der Sozialdemokratie. Zwar beschwerten Rosa Luxemburg und Franz Mehring in privaten Besprechungen einige der Fraktions-

Reiniger, auch öffentlich gegen die Kredit zu stimmen. Zwar war ein kleines Heußlein von Getreuen bereit, die öffentlichen Reiniger mit aller Kraft der legalen und illegalen Arbeit sofort zu unterstützen. Aber noch fehlte es an dem festen Zusammenhang organisatorischer und politischer Art innerhalb dieser Internationalisten, als daß diese Heußlein eine Kraft hätte darstellen können, die aus dem geheimen Reinigen als Macht geworben wurde. Erst das Erscheinen der Sozialistischen Organisation, erst die rasch einsetzende und sich noch rascher verzeichnende Fraktionsbildung innerhalb der SPD, gab Kraft und Anlaß für die offene Kreditabstufung Karl Liebknechts am 2. Dezember 1914.

Die wichtigste Lehre des 4. August 1914 war daher die Notwendigkeit einer selbständigen revolutionären Partei, die die kleine rührige Sozialisten-Gruppe, selbst noch häufig innerlich gebunden durch falsche Vorstellungen über die Einheit der Partei, mühsam vorzubereiten begann. Die Erfahrungen des 4. August 1914 sind es auch mit an erster Stelle, die jeden Hoffenwärtigen Arbeiter und wahren Revolutionär von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der Veranschaulichung einer selbständigen kommunistischen Partei im Gegensatz zur reformistischen Sozialdemokratie überzeugen mußten. Die ohnmächtige Rolle, die Lenin und Schostakowitsch und ihre Freunde innerhalb der SPD spielten, ist nur geeignet, diese Lehre zu erheitern.

Der 4. August 1914 lehrte aber noch ein anderes, nicht minder Wichtiges. Der bloße Schrei „Frieden! Frieden! — Keinen Krieg!“ vor dem 4. August ist die bloße SPD, nicht davon abgesehen, vom 4. August an für den Krieg und gegen den Frieden zu wirken. Erst die Umwandlung des Augustfriedens in den Bürgerkrieg der Friedenspropaganda während des Krieges politisierte Inhalt und organisatorische Kraft. Auch heute fest die kommunistische Partei daher der passivsten, schwächlichen, sozialdemokratischen Lösung „Nie wieder Krieg!“ die einzig wissenschaftliche, revolutionäre Lösung entgegen:

SPD-Führer und Leitworte der Kolonialkämpfe

Während die Arbeiterbewegung unter Führung der Kommunistischen Partei zur revolutionären Antikriegsdemonstration aufmarschierte, fand in Hamburg am letzten Sonntag eine schwarzweiße Kolonialkämpfer-Rallye statt. Ihre Leitung leitete „Wir brauchen wieder Kolonien!“ Unter dem Zeichen dieser imperialistischen Demonstration lag man die reaktionären Männer Humburgs und die Führer des Reichertspartei; außerdem Reichsminister Dählbörger, Generalleutnant Ritter von Ep, den Arbeiterführer Leitworte und die SPD-Führer Rudolf Hoff, Max Bauer und Eisenberg. Schloßherrmann leitete die sozialdemokratische Polizeileitender Schloßherrmann, der für sich eine Erwerbsoberdemonstration verbietet, ebenfalls nicht.

Die Demonstration, deren Oberleitung der schwarzrötliche Senator Dr. Peterlen hatte, bestand aus Kolonialdelegationen der Studenten in Wilms und den Kriegern, Militärs und Kolonialkämpfern. Oberleutnant a. D. von Keimten sprach die „Hoffnung auf ein neues deutsches Reich“ aus. Der Gouverneur a. D. Dr. Gehl erklärte in seiner Rede: „Wir müssen uns darüber klar werden, daß wir als selbständige Nation aus der heutigen Umwälzung der Weltwirtschaft nur hervorgehen können, wenn es Deutschland gelingt, die territoriale Basis seiner Wirtschaft zu erweitern.“ Das ist ein altes Bekenntnis zu einer neuen Erwerbsoberdemonstration, die der ganze Sinn der imperialistischen Kolonialdemonstration.

Die Beteiligung der SPD-Führer an ihr illustriert deutlich, daß bei einer kommenden offenen Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie ein neuer 4. August der SPD-Führer bevorsteht.

Die Arbeiterbewegung erklärt dem neuen Kolonialschwund den härtesten Kampf.

Die blutige Antikriegsdemonstration in Dessau

Unserem Hauptberichter Parteibild entnehmen wir Einzelheiten über den Polizeiverstoß auf die Antikriegsdemonstration in Dessau am letzten Sonntag.

Als sich die Propagandabandagen des KFB in Gemeinschaft mit Jungparteiern und KFBK durch die Kanalarbeiter bemagte, wurde von einer Hundertschaft SPD überfallen, geführt von dem Polizeileutnant Pieske, der sich mühsam gebend auf die Demonstrationen fürzte und die Propagandabandagen zerhackte. Der Pieske wurde aber von den an der Spitze der Gruppe Verbleibenden auf dem Propagandabandagen mit militärischen Wägen und erhabenen Eschlagern begrüßt, zum Gaudium aller Zuschauer. Unter heftiger politischer Bewandlung der Wagen nach dem Rathaus transportiert, eben die verhafteten Darsteller und einige Transportierte mit der Aufschrift: „Krieg dem imperialistischen Krieg!“

Wie später auf dem Marktplatz ein Genosse in seiner Antikriegsrede auf die Polizeigewalt hinwies, so leitete die Aufklärung der Kunggebung und zu gleicher Zeit fürzte sich der Polizeileutnant Pieske, gefolgt von seinen Untergebenen, mit Gummihäupteln, Leibschiffen, Seitenwachen und Kolonnen auf die abstrahierenden Teilnehmer der Demonstration. Klavierbrötchen brachten den Frieden einige Teilnehmer zusammen. Der Polizeileutnant, der durch die heftigen Erregungen aus dem Gassenleben des Offizierspostens wütend war, veranordnete unter den Frauen und Männern aus Rade des blutigen Bräutigams. Den Frauen wurde ein Schild: „Mutter, denst an eure Kinder, kämpft gegen den Krieg!“ entrollt. Auf einen Arbeiter, der immer wieder die härtesten Schimpfe mit sich brachte.

Der blutige Aufmarsch zur Antikriegsrede in Dessau zeigt die Mut der Bourgeoisie und ihrer arbeitserfindlichen monarchistischen Offiziere gegen die revolutionäre Antikriegspropaganda. Diese ist für ihre neuen imperialistischen Verbündeten eine ernste Gefahr.

Aber gerade darum ist recht: Daraus zur Demonstration der Antikriegspropaganda! Klaffenstreich den blutigen Gorden der Arbeiterklasse!

Gegen den Manteltarif in der metallindustriellen Metallindustrie

An der am Freitag, dem 30. Juli, stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Firma Hobditz & Rätze in Weißenfels, in welcher Stellung zu dem Entwurf der Metallindustriellen für den Manteltarif genommen wurde, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Metallarbeiter der Firma Hobditz & Rätze in Weißenfels erachten den von Seiten der Metallindustriellen ausgehenden Manteltarif als eine Feindschaft ersten Ranges. Sie geloben, sich niemals unter diese Schandparagrafen zu beugen, sondern Schutler an Schutler mit der heiligsten Metallarbeiterkraft diese brüste Herausforderung abzuschlagen.“

Der britische Metallarbeiterverband für die Gewerkschaftseinheit

Der vereinigte britische Metallarbeiterverband hat beschlossen, dem englischen Gewerkschaftslocher, der Anfang September zusammenzutreten soll, die folgende Resolution zu unterbreiten:

„Der Kongress erkennt die Notwendigkeit, daß eine einzige Gewerkschafts-Internationale für alle Gewerkschaften der Welt gegründet wird.“

Der Kongress behauptet die Fassung, die gewisse Teile der Arbeiterbewegung Internationalen in dieser Frage einnehmen.

Der Kongress beantragt den Generalrat, die Arbeiterbewegung Internationalen zu veranlassen, daß die Fortsetzungen eines Kongresses der I.O.F. und des Arbeiterbewegung Internationalen einberufen, um so die Grundlage für die internationale Gewerkschaftseinheit zu schaffen.

Tagungsbeginn des englisch-französischen Komitees (Sig. Drahm.) Paris, 3. August.

Die Tagung des englisch-französischen Komitees hat hier begonnen. Der englische Generalrat ist durch Purcell, Giles, Jimbley und Citrine vertreten.

Das Thüringer Faschistenparadies

Die faschistischen Organisationen in Thüringen werden immer unerschämter, da die Saftler-Beckhauer-Regierung vollkommen von den extremialisierenden Elementen in ihrer Landtagsmehrheit abhängig ist. Im letzten Freitag rüde in Begleitung von 3 Abgeordneten der ehemalige sozialdemokratische Polizeikommissar und letzte Reichsminister für Inneres, der Thüringer Reichsminister des SPD-Klattes („Das Volk“) an. Er erklärte dort dem Reichstour Kindermann, daß er wegen der gegen ihn gerichteten Angriffe nicht den gerichtlichen Weg einschlagen werde, da ihm die Gerichte nicht die politische Ehre schenken würden. Daher lege er sich gegen diese Angriffe und Wege zu wehren. Würde der Reichstour Kindermann noch einmal Angriffe gegen ihn (Waller-Brandenburg) unternehmen, so behalte er sich unter Ausschluß des gerichtlichen Weges alles andere vor.

Wie die Drohungen des Waller-Brandenburg gemeint sind, bedarf wohl keiner Erklärung. Auch die Nationalsozialisten halten in ihrer Thüringer Zeitung fürzlich durch, dem Redakteur „mit nationalsozialistischen Fäulnis die Parteizentrale vom Gesicht zu waschen“.

Einleitung der Schwarzen Reichswehr auf Staatskosten

Die „W 14 an A 14“ teilt folgenden Fall mit: „In Berlin besteht eine Vertriebskonfessionfabrik, deren Besitzer als ehemaliger Hauptmann und jetziger Großkapitalist mit den Organisationen der schwarzen Reichswehr Hand in Hand arbeitet für die Uniformen des neuen, nach gelungenem Sturz zu schaffen. Dieses ansehnliche, gleichzeitig aber hat der Inhaber dieser Fabrik, Walbert Stier, Staatsaufträge für die Reichswehr und die Schupo. Als man ihm nach Aufhebung der Femeerde und damit auch seiner Beziehungen zu den Femeerorganisationen die Aufträge der schwarzen Reichswehr hand in Hand arbeitete für die Uniformen des neuen, nach gelungenem Sturz zu schaffen. Dieses ansehnliche, gleichzeitig aber hat der Inhaber dieser Fabrik, Walbert Stier, Staatsaufträge für die Reichswehr und die Schupo. Als man ihm nach Aufhebung der Femeerde und damit auch seiner Beziehungen zu den Femeerorganisationen die Aufträge der schwarzen Reichswehr hand in Hand arbeitete für die Uniformen des neuen, nach gelungenem Sturz zu schaffen.“

Rüffungen zum „Frieden“ Einige bemerkenswerte „kleine“ Nachrichten

Die Patrouille eines Königsberger Reichswehregiments unternehm in drei Halbtönen eine Leihungsfahrt von Vahnen nach der Kurischen Nehrung. Zwei Boote schlugen unterwegs um, wobei ein Reichswehrsoldat ein Bein amputieren.

Vor 14 Tagen liefen in Wilhelmshaven die deutschen Torpedoboote „Greif“, „Seeadler“ und „Albatros“ vom Stapel. In Kiel werden gegenwärtig zwei neue deutsche Kreuzer gebaut, die einen völlig neuen Kriegsschiffstypus darstellen. Sie werden bedeutend länger und schmaler als die bisherigen Schiffe sein und durch Anpaßung an die Strömungsverhältnisse einen wesentlich geringeren Wasserwiderstand haben. Dadurch soll die Manövrierfähigkeit und Geschwindigkeit erhöht werden.

Während der Wille zu einer neuen selbständigen imperialistischen Politik in der deutschen Bourgeoisie wächst, lie aber erst im besten Interesse ihre militärischen und maritimen Rüstungen betrachten. In sie eifrig dabei, durch eine himmelsgehörige Verbebung den kommenden imperialistischen Krieg vorzubereiten. Auch diese sind dafür tüchtig. Während der „Kaiserlicher Votentin“ mit allen Mitteln unterdrückt wird, bereiten die Schwarzweloten die Herstellung zweier nationalsozialistischer Flotte vor. Sie heißen „E und A und U-Boat 9“. Die Bauarbeiten für diese Flotte erfolgen auf Yachtwerften der deutschen „republikanischen“ Kriegsmarine in der alten kaiserlichen Uniform.

Die letzte Beratung des rumänischen Kriegsministeriums beschloß, den Widerstand der rumänischen Flotte zu hoch zu setzen, daß auch Rumänien zur Führung eines Zweifrontenkrieges imstande ist.

Alle diese Meldungen — an einem Tage aus der Presse geholt — sind jeden Tag in gleicher und oft noch größerer Anzahl zu lesen. So heißt die „Berliner“ der Welt nach Votocum und um die 12. Jahreswende des Weltkriegs anfangs aus!

Borbildliche Arbeit einer Geschädigtenkommission

Der Reichsbund der Kleinbauern, Berlin, Vismarier 1, hat eine Kommission zur Bearbeitung der Schäden an den Landorten, die durch die Hochwasserfluten im Jahre 1914 entstanden sind, gebildet. Die von den Geschädigten gewählte Kommission hat daraufhin eine Feststellung über die durch die Hochwasserfluten erfolgten Schäden gemacht. Daraus ergibt sich, daß die Schäden an den Landorten im Jahre 1914 im Wert von 24 Millionen Mark betragen. Die Kommission hat daraufhin eine Feststellung über die durch die Hochwasserfluten erfolgten Schäden gemacht. Daraus ergibt sich, daß die Schäden an den Landorten im Jahre 1914 im Wert von 24 Millionen Mark betragen. Die Kommission hat daraufhin eine Feststellung über die durch die Hochwasserfluten erfolgten Schäden gemacht. Daraus ergibt sich, daß die Schäden an den Landorten im Jahre 1914 im Wert von 24 Millionen Mark betragen.

Das von der Geschädigtenkommission zusammengestellte Material gibt eine brauchbare Grundlage im Kampfe gegen die von den Regierungen ergriffenen Maßnahmen. In allen Orten müssen Geschädigtenkommissionen bilden und dieselben neuen Geschädigtenkommissionen bilden und dieselben neuen Geschädigtenkommissionen bilden.

In der richtigen Erkenntnis, daß die Geschädigtenkommissionen nicht nur einen ersten Schritt haben, wenn alle geschädigten Landorten in Betrieb sind, hat die Kommission in Potsdam am 27. Juli eine Verkleinerung abgehalten, in der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

Sammlungen für die englischen Bergarbeiter

Die Quartalsverammlung der Steinarbeiter bemängelt für die englischen Bergarbeiter 100 Mark aus der Postkasse.

Die Gesellschaft der Schachtanlage Beder-Wirch beantragte den Regierungspräsidenten in Düsseldorf die Genehmigung zur Sammlung für die englischen Bergarbeiter. Die Antwort der Regierungspräsidenten lautet, daß eine Genehmigung nicht erteilt werden kann, da die Sammlung auf einen Betrieb beschränkt ist. Die Gesellschaft gab ein Flugblatt heraus und sammelte darauf 270,55 Mark.

Politische Randbemerkungen

„Spere in der Zeit, so heißt Du nichts in der Welt.“ Die „Holländischen Nachrichten“ vom 3. August führten sich herüber, daß heututage nur noch viel Geld für unnütze Dinge ausgegeben werde. Auswendige und Gravidante kaufen sich Schokolade, Kaugummi, Musik, Kränchen und sonstige aus Gummi laufenden gemachte Sachen würden gekauft, um sich damit zu betäuben. Die Feststellung, daß ein Erwerbsoberdemonstration gar nicht ein Betriebsstiller nur in den seltensten Fällen in der Lage ist, sich mit derartigen Dingen zu kaufen, und alles verloren. Kommt er ein Zeichen dafür, daß die wirklichen Schäden nicht in der Lage sind, sich bessere und adäquatere Dinge zu verschaffen. „Geld zusammenhalten und auf die hohe Rante legen“, ermahnen die „Holländischen Nachrichten“ und verheßen fast scheinbar ein unerschöpfliches Opfer der Inflation, die auch dasjenige, das man zu profanen zurückgelegt zu haben und alles verloren. Kommt er ein Zeichen dafür, daß die wirklichen Schäden nicht in der Lage sind, sich bessere und adäquatere Dinge zu verschaffen. „Geld zusammenhalten und auf die hohe Rante legen“, ermahnen die „Holländischen Nachrichten“ und verheßen fast scheinbar ein unerschöpfliches Opfer der Inflation, die auch dasjenige, das man zu profanen zurückgelegt zu haben und alles verloren. Kommt er ein Zeichen dafür, daß die wirklichen Schäden nicht in der Lage sind, sich bessere und adäquatere Dinge zu verschaffen.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Kais auf Urlaub. Kais hat zum Antritt seines Erholungsurlaubes Berlin verlassen. Er wird am 9. August wieder in Berlin eintrudeln, da er vor der Demokratischen Partei wie am 11. August im Reichstag Verhüllungsreden zu halten hat.

Einheitsfront in Italien. Die neueste Zeitung des faschistischen Systems löst darin bezeugt, daß der Verkauf von Feinden in Landwehr aus seinem Weizenmehl verboten wird und nur noch ein Einheitsfront in den Verkauf gelangt.

Kemal Pascha räumt auf. Während vor kurzem in Smyrna die politischen Aktivitäten und die unmittelbaren Reichsminister abgemacht wurden, die das Votentin gegen Kemal Pascha durchzuführen sollten, wird auf dem 4. August in Angora beginnenden Besuch die politische Rolle der früheren Jungtürkischen Partei bei der Klärung gegen Kemal Pascha verhandelt. Der Staatsrat beantragte gegen 16 Angeklagte die Todesstrafe und gegen die übrigen 32 Angeklagten Kerkerstrafe, falls die Beweis ihre Zustimmung arbeit mit den in Smyrna verurteilten Aktivitäten bemittle.



Ein SPD-Blatt zur Arbeiterfront

Die sozialdemokratische Frontfraktion... Die Arbeiterfront... Die Arbeiterfront...

geborenen aus zu gemeinsamer Arbeiterfront kommen werden... Die Arbeiterfront...

Die Konturreise im Monat Juli... Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts...

Großes Braunbrotlager bei Erntee... In der Gegend zwischen Erntee und...



Beziehungen zu Halle-Verber... Halle-Verber...

„Roter Frontkämpfer-Bund“... Der Gauverband...

NEU! Büfett Weltkugel... à la Aschinger...

Unterabteil Halle-Verber... Halle-Verber...

Halle-Verber... Halle-Verber...

Sämtliche Saison-Delikatessen... Solbad Wittekind...

Zu Arbeiterfesten... Vampions, Stocklaternen, Dekorationschilder...

Beziehungen zu Halle-Verber... Halle-Verber...

Zoologischer Garten... Konzerte...

Beziehungen zu Halle-Verber... Halle-Verber...

Beziehungen zu Halle-Verber... Halle-Verber...

Generalversammlung... Handwerker...

Jung-Spartakus-Bund... Jung-Spartakus-Bund...

Bund der Freunde der I.A.S. - Schützenfest Zeit!...

Bekanntmachung... Familien-Nachrichten...

